

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon Nr. 622.

Die Anzeigengebühren betragen für die sechsgepaltene Beilage oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärts 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 288.

Freitag, den 8. Dezember 1916.

23. Jahrg.

Ein siegreicher Feldzug.

Von Richard Gädle.

Auch wenn man den im Fluß befindlichen Ereignissen mit zurückhaltendem militärischen Urteile folgt, wird man sich doch der Hoffnung hingeben dürfen, daß die großen Erfolge uns um einen Schritt dem Frieden näher gebracht haben, die die rumänische Heere während der verflochtenen acht Tage in Rumänien erlitten haben. Freilich wird man zugleich vor übertriebenen Erwartungen warnen müssen; die uns gegenüberstehenden feindlichen Kräfte sind noch immer sehr stark; die harten Anstrengungen der Gegner, sie noch weiter zu entwickeln, dauern besonders in England ungeschwächt an; auch von Rußland werden wir uns nicht überraschen lassen dürfen; und endlich ist der Wille der uns feindlichen Regierungen noch ungebrochen, wie weit auch die Friedenssehnsucht in einem Teile der Völker greifen mag.

In letzterer Beziehung dürfen wir nun gewiß von dem moralischen Eindruck so manches erwarten, den der Sturmtritt unseres unheimbaren Vorkämpfers in der Wallachia seit 14 Tagen bei Freund und Feind hervorgerufen hat, bei jenem anfeuernd, ihn mit Zuversicht erfüllend, bei diesem Befremdungen hervorrufend, die durch prächtiger Worte nur mühsam verdeckt werden. Die Regierungskrisen in England und in Rußland, die Geheimisungen der französischen Kammer, das Anschwellen der sozialistischen Friedensbewegung in Italien sind sichtbare Folgen unseres Sieges. Denn der Abstand von dem, was der Brevierband im August hoffte, und was er nun in den trüben, aber uns leuchtenden Novembertagen befürchten muß, ist gar zu gewaltig, ist wohl geeignet, jenen mit Sorge um den schließlichen Ausgang zu erfüllen.

Der letzte Grund dieser völligen Umkehr der ganzen Kriegslage ist der, daß wir ihn wieder einmal unter das Geschick unseres Handelns niedergezwungen haben. Er mußte uns folgen dahin, wo wir die Entscheidung suchten. Wer aber folgt, kommt zu spät, hat die besten Trümper aus der Hand gegeben. Im Kriege wie im Glücksspiel hat die Vorhand die größten Ausichten: wer sie zu benutzen versteht, gewinnt.

Im Westen suchte uns der Gegner mit gewaltiger Uebermacht, besonders an Feuermaschinen, zu bewältigen und zu durchstoßen; er steht ermattet vor unseren unzerbrochenen Linien und muß erst neue Kräfte sammeln. Inmitten der schwersten Kämpfe warfen wir Kräfte nach Osten und brachten dort den russischen Ansturm; zögernd mußte der Russe Kräfte auf Kräfte abgeben, um den wankenden Bundesgenossen zu stützen. Jetzt hat er nicht die Kraft, uns aus seinem eigenen Lande zu werfen; nur zu Demonstrationen rafft er sich noch auf, die wir beinahe spielend zurückweisen. In Italien brach die 9. Offensive Cadornas unter blutigen Verlusten zusammen; und wenn der zunehmende Geschützdonner der letzten Tage uns auch den Beginn der zehnten anzudeuten scheint, so haben wir doch zu des Generalobersten Boroevic kampferprobten Scharen das sichere Vertrauen, daß sie auch den neuen Anschlag Cadornas vereiteln werden.

Inzwischen aber sammelte unsere Heeresleitung mit gelassener Ruhe die Streitkräfte an, um im Südosten eine große Entscheidung herbeizuführen.

Aus den verschiedenen Veröffentlichungen des Generalstabes gewinnt man allmählich einen genügenden Ueberblick über die anfängliche Kräfteverteilung der Rumänen und ihre ursprünglichen Ziele. Man würde ihnen Unrecht tun, wenn man ihren Kriegsplan tabeln wollte. In der Lage, wie sie sich um die Wende des August zum September den Augen unserer Gegner darbot, wollte er vielmehr das Vermünftige, bot die entsprechenden Kräfte auf und verteilte sie im allgemeinen zweckmäßig. Er warf von vornherein die ganze Volkskraft in den Krieg, bildete sein Heer aus wahrscheinlich 25 Divisionen und verschiedenen Nebentruppen, um mit einem großen Schlage die Entscheidung herbeizuführen. Ganz richtig wurden gegen Siebenbürgen, das ihm ebenso politisches wie strategisches Ziel war, drei Armeen von drei Seiten einheitlich angelegt, während sich in der Dobrudscha um Tutrakan und Dobric ein viertes, ziemlich starkes Heer sammelte (wenigstens 5 rumänische und 1 russische Division), um in Mittelbulgarien einzufallen, wofür ihm die Salonikarmee von Süden aus entgegenkommen sollte.

Nicht an dem Plane, sondern an seiner Ausführung lag es, wenn dieses stolze Heer in drei Monaten die Hälfte seines ursprünglichen Bestandes von mehr als 600 000 Mann in lauter blutigen Niederlagen verloren und schon 45 000 Quadratkilometer (es sind inzwischen bedeutend mehr geworden. Red.) seines Heimatlandes an uns hat überlassen müssen. Die größte Entschlossenheit und Tatkraft der deutschen Führung, zugleich aber die weitüberlegene Güte des Kriegswerkzeuges, des unübertrefflichen deutschen Heeres, sind es gewesen, durch die die Absichten der Rumänen vom ersten Beginn des Krieges an durchkreuzt wurden. Ihre Ziele hätten vor allen Dingen größte Schnelligkeit des Handelns gefordert, aber Feldmarschall Mackensen kam ihnen zuvor. Ihre Niederlagen von Tutrakan, Silistria, Dobric südlich der Donau wirkten sofort auf ihre Kriegsführung in Siebenbürgen lähmend zurück; sie gaben an die gefährdeten Do-

brudscha Kräfte von Norden her ab und ließen sich später zu dem abenteuerlichen Donauübergang von Rasova verleiten. Unklare Ueberstürzung ist niemals Entschlossenheit; der Versuch, den zielbewußten Gegner zu verblüffen, wurde hart bestraft.

Anstatt nun wenigstens die Schwächung der Kräfte in Siebenbürgen durch doppelte Tatkraft auszugleichen, gingen sie hier auf dem schlechtesten entscheidenden Kriegsgebiete mit einer Langsamkeit vor, als drüde sie die Ahnung kommenden Unheils. So gaben sie der rasch gesammelten Armee des Generals von Falkenhayn Gelegenheit, sie in der Tränung nacheinander zu schlagen und in das Hochgebirge zurückzuschieben.

Mit der Schlacht von Kronstadt waren ihre Angriffsbedenken erledigt, von den ersten Tagen des Oktober an handelte es sich für sie nur noch um die Verteidigung des Heimatbodens. Selbst hierfür waren sie bereits auf die Unterstützung durch russische Heere angewiesen, da ihre geschwächten Heere schon zahlenmäßig nicht hinreichten, die langgestreckte Grenze von 1300 Kilometern gegen den Einbruch eines tatkraftigen und gewandten Gegners überall gleichmäßig zu schützen. Die Hilfe aber kam im Norden ebenso zu spät, wie von Süden her die entlastende Offensive der Salonikarmee. Die deutsche Heerführung behielt überall die Zeit zu Gegenmaßnahmen und an dem entscheidenden Punkte die pünktlich ausgenutzte Gelegenheit, dem Feinde zuvorzukommen. So geschah, was geschehen mußte.

Ein neues Heer — die Donau-Armee, aus Streitkräften aller verbündeten Staaten zusammengestellt. Während die Armee Falkenhayn am 18. November durch die Schlacht von Targu Jiu den Schicksal der Karpaten durchbrach und am 21. November bereits Craiova besetzte, ging jenes neue Heer am 24. bei Giurgiu über die Donau, und nun zogen beide zusammen in Gewaltmärschen auf Bukarest, dem geschlagenen Gegner niegend die Zeit gebend, sich zu neuem

Widerstand zu setzen. Zugleich rissen andere Kraftgruppen der Armee Falkenhayn die Durchbruchsstelle im Gebirge immer weiter nach Osten hin auf, nahmen den Roten-Turm wie den Törzburger Paß und strömten, den Tälern des Alt, des Arges, der Dambowita und schließlich der Jalomita folgend, vom Gebirge in die Ebene hinab. Von Norden wie von Westen her wurden die Rumänen in einer eisernen Fange gefaßt.

Als sie sich endlich östlich des Arges zur Verteidigung der Landeshauptstadt in neuem Widerstand setzten, waren sie von vornherein in einer taktisch wie strategisch ungünstigen Lage. In den Kämpfen vom 1. bis 3. Dezember wurden sie infolgedessen schwer geschädigt und immer weiter zurückgedrückt. Die deutschen Kraftgruppen warfen sich den Feind von Norden und von Westen her gegenseitig zu; er hat vom 29. November an rund 21 000 Gefangene in unseren Händen lassen müssen und seit Beginn des Feldzuges mehr als 90 000 verloren. Unsere Beute an Geschützen seit dem 1. Oktober beträgt 302 und 150 Maschinengewehre (Auch diese Zahlen sind heute weit überholt. Red.)

Mit anerkanntem Mute, aber in Verkennung der Lage, suchte der rumänische linke Flügel, jüdisch Bukarest durch neueingetroffene russische Verstärkungen angriffsweise gegen unsere Donauarmee unter General Roß vorzugehen. Auch er hatte sich nur eine blutige Niederlage.

Die Lojung, die der Führer der 1. rumänischen Armee ausgegeben hatte, zu fliehen oder zu sterben, konnte seinen erschütterten Reihen keine Widerstandskraft einflößen. Und so hat denn auch der 4. Dezember dem Schuldpruch der drei ersten Schlachttage bestätigt — das rumänische Heer weicht und läßt reiche Beute in den Händen unserer verfolgenden Truppen, die auch der Ernährung der deutschen Heimat zugute kommen sollen.

Die englische Blockadepolitik leidet schmachvollen Schiffbruch und schlägt bereits den rücksichtslosen Gegner mit den gleichen Waffen, die er gegen uns brachte.

Von den Kriegsschauplätzen.

Nun sind auch die letzten Trümmer der ersten rumänischen Armee, die, nachdem sie bei Orsova und Turn-Severin noch verzweifelten Widerstand geleistet hatten, von den vordringenden Verbündeten eingeschlossen waren, von ihrem Schicksal ereilt worden. 8000 Mann mit 26 Geschützen mußten, da es kein Entrinnen mehr gab, am Alt kapitulieren.

Wie Sofioter Berichterstatter melden, ist die Beute in Bukarest unübersehbar. Die mächtigen Befestigungswerke von Bukarest samt der artilleristischen Ausrüstung gelangten unverfehrt in die Hände der Sieger. Das große Befestigungssystem konnte durch die fliehende rumänische Armee nicht mehr zerstört werden. Infolge des raschen Vordringens der verbündeten Truppen konnte die fliehende Armee in Bukarest internierten deutschen, österreichischen und ungarischen Untertanen nicht mehr weg-schleppen. Diese wurden bei der Kriegserklärung in Bukarest zusammengepackt mit dem ausgesprochenen Zweck, daß Flugangriffe auf Bukarest in erster Linie die Untertanen der Zentralstaaten treffen sollten. Bei ihrer wilden Flucht hatte die rumänische Armee keine Zeit, diese Internierten zu verschleppen, und deren unbeschreiblicher Jubel begrüßte die einziehenden Eroberer. In den Straßen Bukarests herrscht reges, ungefährtes Leben. Die Geschäfte und öffentlichen Lokale sind offen. Seit der großen siebenbürgischen Niederlage der Rumänen herrscht in Bukarest verzweifelte Stimmung, die sich gegen die Regierung und den Generalstab richtet. Eine Gruppe von Abgeordneten fordert den sofortigen Rücktritt der Regierung und Friedensschluß durch die neue Regierung.

Vom militärischen Gesichtspunkte aus muß der Einnahme von Campina und Bloesci eine gleiche Bedeutung wie der Eroberung von Bukarest eingeräumt werden. Die Straße Kronstadt-Bukarest, der kürzeste Schienenweg von Ungarn nach der Walachei, ist damit in der Hand der Verbündeten, was den Nachschub an Mannschaften und Material erleichtert. Mit der Eroberung von Bloesci ist ferner die Eisenbahnverbindung der Moldau mit der Walachei abgetrennt. In Bloesci befinden sich die großen Petroleumraffinerien mit modernen Tankanlagen. Von äußerster Wichtigkeit sind auch für die Mittelmächte die eroberten rumänischen Petroleumgebiete, deren ergiebigestes Gebiet das von Campina darstellt. Der größte Teil der Kohlenproduktion Rumäniens, die nahezu zwei Millionen Tonnen für das Jahr beträgt, befindet sich damit in den Händen der Sieger. Alle Ententehoffnungen, daß Mangel an Schmieröl und Benzin die Kriegsführung und Kriegsindustrie der Mittelmächte hemmen werde, ist somit für immer gescheitert. Die Front der Verbündeten in der walachischen Ebene wurde durch die Einnahme von Bloesci von 700 auf nur mehr 100 Kilometer verkürzt.

In Griechenland scheint die Krise nun ihren Höhepunkt erreicht zu haben; soweit man aus den vorliegenden Meldungen

Schlussfolgerungen ziehen kann, ist es zwischen der Entente und Griechenland zum Bruch gekommen. Nähere Nachrichten bleiben abzuwarten.

Die englische Regierungskrise ist noch nicht beendet. Lloyd George hat sich bereit erklärt, ein nationales Ministerium ohne Rücksicht auf Parteunterschiede zu bilden. Wie es heißt, verweigert George die Arbeiterpartei dadurch für sich einzufangen, daß er ihr eine größere Vertretung im Ministerium zubilligen will.

Auch in Frankreich soll es trüben. Das „Berner Tageblatt“ erhält aus privater, aber guter Quelle bestätigt, daß sich in Paris unter dem Volk sowohl als auch unter den Parlamentariern eine gespannte Stimmung geltend macht. Besonders wird betont, daß die Einklang zwischen Briand und Joffre bedenklich gelitten hat und Frankreich vor einer Ministerkrisis oder gar einer Militärdiktatur steht.

In der italienischen Kammer will man die Erörterung des sozialistischen Friedensantrages inhibieren, indem man die Beratung auf sechs Monate — also wahrscheinlich bis nach dem Krige — vertagen will. Am Mittwoch gegen Mittag wurde eine Resolution der offiziellen Sozialisten verlesen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, sich bei den Regierungen der Alliierten für die dringende Notwendigkeit einzusetzen, durch die Vermittelung der Unionstaaten und anderer neutraler Länder die Zusammenberufung eines Kongresses bevollmächtigter Vertreter der kriegsführenden Länder zu dem Zwecke zu veranlassen, die nach Einstellung des Feindseligkeiten einmütig anerkannten konkreten Ziele und Forderungen der kriegsführenden Parteien behufs baldmöglichster Lösung des Streites zum Heile Europas zu prüfen. Boselli führte aus: Indem die Kammer die Erklärungen der Regierung erörterte, trat sie bereits vollständig in die Beratung der Friedensfrage ein. Die Regierung kann in keiner Weise die Freiheit, diese Beratung ausdehnen, beschränken. Aber die Resolution der Sozialisten würde notwendigerweise zu einem Beschluß führen, der in diesem Augenblick ungewiss sein würde, da die Kammer ebenso wenig für einen vorläufigen und unklaren Frieden stimmen und auch nicht gegen den Frieden stimmen kann. Die sehr gut in der Resolution dargelegten Grundzüge sind zweifellos des Lobes würdig, aber wir wissen nicht, ob diese Grundzüge von den Mittelmächten anerkannt und angenommen werden. Ueberdies muß man auch den leinsten Verdacht ausschließen, daß Italien sich, da es keinen Sonderfrieden will, von der Seele und Bestrebungen seiner Alliierten trennt. (Sehr lebhafter Beifall.) Die Kammer darf keine Wünsche äußern, die auch nur im allergeringsten den Eifer unserer Kämpfer schwächen und die Tatkraft des Landes verringern könnten. (Sehr lebhafter Beifall.) Nur auf diese Weise wird der Friede dauerhaft sein und nur auf diese Weise wird Italien sich zum Höheren Heeren

heines ganzen Gebietes und seines Meeres machen, nur auf diese Weise wird die Grundlage für die Politik Europas wahrhaft und fest sein, wenn sie beruht nicht auf Verträgen, sondern auf dem Grundgesetz der Nationalitäten. (Zustimmung.) Dies ist der Sieg, der den Frieden sichern muß. (Sehr lebhafter Zustimmung und Beifall.) Wenn die Resolution aus diesen Beweggründen aufrechterhalten wird, schlage ich die Vertagung ihrer Vertagung auf sechs Monate vor. (Sehr lebhafter, wiederholter, allgemeiner Beifall.) Turati und Treves bestehen auf die sofortige Vertagung. Der Reformjournalist Marchesano tritt für die Vertagung ein. De no unterstützt ebenfalls die Vertagung und erklärte, die Resolution ist eine Falle für den nationalen Widerstand. Die italienische Kammer darf sich dazu nicht hergeben. (Sehr lebhafter Beifall.)

Nach kurz vor Abstimmungseingegangenen Nachrichten hat man dem Friedensantrag ein endgültiges Begräbnis bereitet, indem seine Beiprechung mit 293 gegen 47 Stimmen abgelehnt wurde. Das war wenigstens ehrlicher als eine Vertagung. Trotz der Ablehnung des Antrages aber wird sich die Friedensbewegung auch in Italien weiter Bahn brechen. Ihr hemmt sie, doch ihr zwingt sie nicht.

Die dänische Friedensvereinigung hält um Weihnachten im ganzen Lande Verlesammlungen für den Frieden ab und fordert 3000 andere Vereine zur Unterstützung auf, um so die Friedenswünsche des dänischen Volkes klar zum Ausdruck zu bringen.

Die sozialistische „Berliner Tagwacht“ schreibt zur Rede Trepsows über die russischen Kriegsziele und zu seiner Mitteilung über das schon seit 1915 zwischen den Entente-Regierungen bestehende Abkommen betreffs Konstantinopels: „Selbstverständlich beruht das Abkommen auf gegenseitigen Konzessionen der Entente-Regierungen. Mag es sich vorläufig auch nur um das Recht des unbesetzten Waren handeln und mag das Wortbringen der Zentralmächte auf rumänischem Gebiete einen etwas schillernden Kommentar zur Rede Trepsows bilden, — was aber haben sich die Entente-Regierungen zugesichert? Das ist die große Frage des Tages. Was bekommt Frankreich, was England, was in Europa, was in den Kolonien, was ist der Inhalt des ganzen Programms der gemeinsamen Kriegsziele? Die Fragen haben ihre besondere Bedeutung für die französische sozialistische Partei. Wird sie nun ihre Verbindungen, die sie feierlich ablegte, einlösen, wird sie sich der Verantwortung für einen Krieg entschlagen, der nach der Dumarede des russischen Ministerpräsidenten auch vom Standpunkt der französischen Sozialisten aufgeführt hat, ein Verteilungskrieg zu sein und offen als Eroberungskrieg gekennzeichnet ist? Haben die Minister Sembat, Guesde und Thomas Kenntnis von den Eroberungsplänen gehabt, haben sie der französischen Partei davon Mitteilung gemacht und wie stellt sich die Partei jetzt, nachdem die Eroberungsziele des Krieges offiziell verändert und die Mitwirkung Frankreichs an der Eroberung Konstantinopels zugunsten Russlands bekräftigt wurde, zu dieser Tatsache? Das sind Fragen, die eine Antwort heischen.“

Wird die Antwort erfolgen? Wir hegen starken Zweifel.

Die Kriegslage.

1918. Berlin, 7. Dezember, abends. (Amlich.)

In Weien und Oden keine besonderen Ereignisse.

Außer dem Verlust der Festung Bukarest und ihrer wichtigsten Handelsstädte löste der 6. Dezember den Rumänen noch eine Division, die am Alt gestellt, mit 8000 Mann und 26 Geschützen zur Kapitulation gezwungen wurde.

Schöne Nachrichten bei Ernaas, östlich der Czerna, sind gemeldet.

1918. Wien, 7. Dezember. (Amlich.)

Deutscher Kriegszugplan.

Die in der westlichen Ebene nordtendenden verbündeten Streitkräfte haben gestern Bukarest und Ploesti in Besitz genommen. Die österreichisch-ungarische Truppen gewannen Campina und verlegten von Simaia südwärts. Die verbündeten Streitkräfte des Generals von Follmann brachten gestern 135 rumänische Offiziere und 2188 Mann ein. In den Karpaten ließ der russische Druck beträchtlich nach. Nur nördlich des Trzemes-Leses und bei Dorca Wata lau es zu jenseitigen Vorstößen, die glatt abgelehnt wurden. Bei der Armee des Generalsobersten von Terzhanits drangen Wiener Kavallerie und deutsche Einheiten, die russische Geländekundendienst durchdringend, bis in die feindliche Hauptstellung vor und lehrten nach Abwehr von fünf russischen Gegenposten mit 40 Gefangenen und einer Wunde von drei Maschinengewehren und einem Minenwerfer zurück. Durch die Gefolge in Rumänien ist der 6. Dezember hauptsächlich zu einem Tag der Berechtigung für schmerzliche Verluste geworden. Ein glänzender Siegeszug hat die Verbündeten in das Herz Rumaniens geführt. Die 4. kaiserliche Hauptstadt ist seit Ausbruch des Weltkrieges bezogen. Mit Stolz darf die österreichisch-ungarische Wehrmacht auf jene Truppen blicken, die mit den deutschen, bulgarischen und osmanischen Streitkräften weitestgehend an den Ausmärschen gegen die jüngsten Feinde teilgenommen haben. Auf die noch zusammengekauften Einheiten, die zu Beginn des rumänischen Krieges in Siebenbürgen den ersten Stoß angingen, auf weitere Gebirgsbrigade, die in den transjulyanischen Alpen den härtesten Aufgaben gerecht wurden, auf die Truppen, die an der Spitze in der Schlacht teilnahmen, aber auch auf die tapferen Verteidiger der Hauptstellungen und der Rückzugslinien, an deren Rückzug alle russischen Kavallerie, auf weitere bewährte Pioniere an der westlichen Front, die eine der größten kriegsgeschichtlichen Leistungen der Geschichte vollbrachten, auf weitere Artillerie und auf die Donauflottille, die sich auch jüngst bei der Abwehr russischer Angriffe östlich von Bukarest wieder hervorgetan hat. Ihnen allen gebührt unser Dank.

Italienischer und Südösterreichischer Kriegszugplan. Keine besonderen Ereignisse.

Ereignisse zur See.

Eines unserer Seeflaggeschiffe, das am 6. d. M. die Inseln Helgoland und die St. Peter-Heiden im Nordseegebiet besuchte, ist mit Bomben, drei Torpedos und drei Wasserbomben beladen. Drei Torpedos wurden verschossen. Die Flugzeuge sind trotz Abwehr unbefähigt eingedrungen.

Gegen England.

Die kanadischen Seefahrtverluste.

Nach einem kanadischen Blatt erzählt die „Times“ aus Toronto, daß die kanadischen Seefahrer im Krieg 65 000 Tonne, darunter 15 733 Tonne, betragen. Bisher nahmen 377 285 Mann Dienst.

Der Balkankrieg.

Die Krise in Griechenland.

Wenn die heute morgen vorliegenden Nachrichten zutreffen, dann scheint der Bruch zwischen der Entente und Griechenland perfekt zu sein. Die diesbezüglichen Nachrichten lauten: Das „Petit Journal“ meldet aus Athen: Die Entente-Sejmisten haben bereits ihre Beziehungen zur

griechischen Regierung abgebrochen. Im Hafen von Piräus wurden alle Schiffe requiriert, um die flüchtenden Staatsangehörigen des Vierverbundes einzuschiffen.

Der „Matin“ meldet aus Athen: König Konstantin konzentriert bei Larissa ein Heer und hat selbst den Oberbefehl über die Truppen übernommen.

Weitere Meldungen betreffen: Das französische Amtsblatt bringt die Notifizierung der Blockierung Griechenlands, die so lange aufrecht erhalten werden soll, bis die Alliierten Genuaung erhalten. Am Montag und Dienstag hat nach einer Meldung der Agence Havas die ganze französische Kolonie Athen verlassen. Die Gasthäuser im Piräus sind von fremden Staatsangehörigen überfüllt. Die Verhaftungen von Benizelisten dauern an, ebenso die Hausdurchsuchungen bei ihnen. Die liberalen Zeitungen erscheinen nicht mehr. Starke Abteilungen der königstreuen Truppen, die andauernd durch Refektorien verstärkt werden, werfen Barrikaden in den Straßen auf.

Nach dem Londoner Korrespondenten des „Secolo“ ist die Entrüstung und die Wut Englands über das, was man den Verrat von Athen nennt, unbegreiflich. Der Ueberfall am Freitag war auf direkten Befehl des obersten Heereskommandos zurückzuführen. Die Verluste der Verbündeten sind viel größer als die der Griechen.

„Petit Journal“ meldet, daß die Athener Regierung den Belagerungszustand über ganz Griechenland verhängt habe.

Der Seefrieg.

Neuer U-Boot-Angriff auf Madeira.

Neuter meldet aus Lissabon, daß ein zweiter deutscher U-Boot-Angriff gegen Madeira gemacht wurde. Einzelheiten fehlen noch. Beim ersten Bombardement, das sich besonders gegen die englische Telegraphenstation und andere öffentliche Gebäude richtete, sind nach einer amtlichen Meldung 34 Personen getötet worden.

345 000 T. Schiffsverluste im November.

Einem Haager Telegramm der „Nagl. Rundschau“ zufolge erfahren Rotterdammer Schiffahrtskreise aus London, daß englische Reedereien den Verlust, den die englischen, die verbündeten und neutralen Handelsflotten im Monat November durch den Unterseebootkrieg erlitten haben, auf 345 000 Tonnen angeben.

Verenkt

wurden weiter: 1 griechisches, 1 portugiesisches, 1 griechisches, 2 norwegische und 1 amerikanisches Schiff. Bei dem letzteren soll es sich um den Dampfer „John Lambert“ handeln, der am 22. November von einem deutschen U-Boot durch Granatfeuer verenkt sein soll.

Der italienische bewaffnete Dampfer „Palermo“ (9203 Tons), der mit Kriegsmaterial aus Neuyork unterwegs war, ist gegenüber Cap San Sebastian (Katalonien) verenkt worden. Zwei Mann der Besatzung sind getötet und drei verwundet. 96 Mann landeten in Booten in Palamos.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Staatssekretär Helfferich amtsmüde?

Der „Deutsche Kurier“ bepricht die Stellung des Staatssekretärs Dr. Helfferich und läßt durchblicken, daß dessen Stellung in gewissen Kreisen für erschüttert gilt. Das Blatt fügt hinzu:

„Eine Helfferich-Krise, hervorgerufen durch ein Abchiedsgesuch des Staatssekretärs, bestand allerdings vor einigen Wochen im Zusammenhang mit den Differenzen, die über die Veränderung und Vorbereitung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst obwalteten, ist aber unseres Wissens durch Zurückziehung des eingereichten Abchiedsgesuches beendet worden.“

Wenn man sich daran erinnert, daß Geleg werde schwer gefährdet, wenn die Arbeiterschaft für die Staatsbahnen nicht aufgenommen würden und daß man dann den vaterländischen Hilfsdienst in anderer Weise anordnen müsse, dann liegt der Gedanke nahe, daß der Staatssekretär von vornherein nicht geneigt war, das Gesetz unter Mitwirkung des Reichstags zustande kommen zu lassen. Der „Deutsche Kurier“ müht sich dann allerdings ab, den Gegnern des Staatssekretärs klar zu machen, daß man einen Staatssekretär mit diesen Eigenschaften zu ertragen vertragen müsse, denn er sei doch immerhin einer der ersten Minister, der vor allen Dingen als Reichsjugendsekretär des Vertrauens des Volkes in so hohem Maße genossen habe, wie kaum jemals einer seiner Vorgänger.

Zur Nachwahl in Potsdam.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ schreiben zu der bevorstehenden Nachwahl in Spandau-Potsdam-Othavelland:

Die weltlichen Vorgänge bei der Anstellung eines Kandidaten für die Nachwahl, welche in dem Wahlkreis Othavelland-Potsdam-Spandau wegen Kandidatenerledigung insolge des gegen Dr. Liebkecht ergangenen Strafurteils notwendig geworden ist, legen die Frage nahe, ob gegenüber der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft von einem Verzicht der anderen Parteien noch ernstlich die Rede sein darf. Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat sich nach der Auffassung großer Teile unseres Volkes durch die Ablehnung der Kriegskredite außerhalb der vaterländischen Gemeinschaft gestellt. Ebenso hat diese sozialdemokratische Gruppe das Vaterland im Stich gelassen, indem sie allein gegen das Gesetz bez. den vaterländischen Hilfsdienst gestimmt hat. Gegen verschiedene Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft hat der Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich den verächtlichen Vorwurf erhoben, daß sie die Gewichte unserer Feinde bejorten! Dazu kommt endlich noch, daß sich das sozialdemokratische Wahlkomitee des Kreises sogar für die Anstellung eines Kandidaten der sog. Sozialpartei, d. h. eines Vertreters derselben Richtung, der Dr. Liebkecht angehört, entschieden hat, ohne den Umständen, die seitens der sozialdemokratischen Wahlgruppe erhoben wurden, Beachtung zu schenken. Unter diesen Umständen könnte es nicht wundern, wenn für den Fall der Anstrengung einer Kandidatur der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft von der bisherigen Lösung abgewichen und ein gemeinsamer Gegenkandidat der anderen Parteien angesetzt wird.“

Bayrischer Ministerkonflikt.

Zwischen dem Kriegsminister Koch von Kreizenstein und dem Minister des Innern und der Landwirtschaft Frhn. von Soden ist es wegen der Lebensmittelver-

sorgung zu einem scharfen Konflikt gekommen. Beide haben deshalb ihr Abchiedsgesuch eingereicht, das vom König angenommen wurde. Zum Minister des Innern ist der Regierungspräsident von Unterfranken, von Bretterich ernannt worden. Die Ernennung des neuen Kriegsministers wird erst nach der Rückkehr des Königs erfolgen.

Sozialdemokratische Interpellationen.

Im württembergischen Landtag, der am 5. Dezember zu einer kurzen Tagung zusammengetreten ist, hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Interpellationen eingebracht:

Welche Maßregeln gedenkt die Regierung zu treffen, um

1. den wilden Handel mit Nahrungsmitteln aller Art und die dadurch bewirkten Preistreiberien zu verhindern;
2. eine stärkere Anlieferung von Lebensmitteln aus anderen Bundesstaaten zu erreichen, auf die Württemberg im Austausch gegen die von ihm abgelieferten Produkte Anspruch hat;
3. die Gemeinden zu einer umfassenden Organisation der Massenpeinigen anzuhelfen und bei der Beschaffung der erforderlichen Einrichtungen und Lebensmittel zu unterstützen?

Ist die Regierung bereit, im Bundesrat für eine Erhöhung der Brot- und Mehrationen zum Ausgleich für die fehlenden Kartoffelmengen einzutreten?

Ist die Regierung bereit,

1. den staatlichen Beamten, Unterbeamten und Arbeitern vor dem Weihnachtsfest einmalige Zuschüsse im gleichen Umfange zu gewähren, wie solche von der Reichs- und der preussischen Regierung gewährt werden;
2. die den Familien der Arbeiter und nicht etatsmäßigen Unterbeamten des Staates, die zum Seeresdienst eingezogen sind, gewährten Beihilfen in Rücksicht auf die hohen Lebensmittelpreise zu erhöhen?

Die Interpellationen werden erst in der nächsten Woche behandelt werden. Die Gewährung einer Weihnachtszulage an die Arbeiter, Unterbeamten und geringbesoldeten Beamten ist, wie nach Einreichung der Anfrage bekannt wurde, in Aussicht genommen.

Außer diesen Fragen hat der Landtag in der Hauptsache einen Nachtragsetat zu beraten, der vier Millionen Mark für die Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege und zur Gewährung von Darlehen an hilfsbedürftige Kreise des Mittelstandes anfordert.

Der Reichstagsauschuh für den vaterländischen Hilfsdienst.

Der Zustimmung des Bundesrats zum Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst ist nun auch die Zustimmung des Reichstages gefolgt, der über die Ausführungsbestimmungen mitzubestimmen und an der Ausführung des Gesetzes mitzuwirken hat. In dem Ausschuh sind alle Parteien entsprechend ihrer Stärke vertreten: das Zentrum durch Spahn, Gröber und den Fabrikbesitzer Müller-Gulda, die sozialdemokratische Fraktion durch den ersten und zweiten Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Legien und Bauer, sowie durch den Parteivorsitzenden Ebert, die Nationalliberalen durch Bassermann und den Präsidenten des Hansabundes, Dr. Nießer, die Konservativen durch Graf Westarp und den Rittergutsbesitzer und Fabrikbesitzer Schäfers, die Fortschrittliche Volkspartei durch den Bergat Gothein und den Fabrikbesitzer Carstens, die Deutsche Fraktion durch den welfischen Abgeordneten v. Wangenheim, die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft durch Dittmann und die Polen durch Senda. Auch sind Stellvertreter vorgesehen worden.

Ein Vorstoß gegen das Kriegsernährungsamt.

Im preussischen Herrenhaus, das nach fünfmonatiger Pause am Mittwoch wieder zusammentrat, wurde ein Antrag des Herrn v. Herzberg-Lottin beraten, der die Regierung auffordert, im Bundesrat dahin zu wirken, daß bei den Ernährungsverordnungen auf die landwirtschaftliche Erzeugung mehr wie bisher Rücksicht genommen werde. Um jeden weiteren Verdacht zu zerstreuen, erklärte sowohl der Berichterstatter Graf v. Seidlitz, wie der Antragsteller, daß der Antrag durchaus nicht agrarischen, sondern allgemeinen Interesses dienen soll. Unter diesen Umständen stimmten auch die Oberbürgermeister dem Antrage zu.

Staatliche Verbürgung zweiter Hypotheken.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist der Gesetzentwurf über die staatliche Verbürgung zweiter Hypotheken (Bürgschaftsvertragsgesetz) zugegangen. Der Finanzminister wird ermächtigt, zwecks Förderung der Herstellung gesunder Kleinwohnungen die Bürgschaft für zweite Hypotheken namens des Staates zu übernehmen. Zur Deckung der dem Staate hieraus erwachsenden Verpflichtungen wird ein Betrag von 10 Millionen Mark gefordert. Bedingung für die Uebernahme von Bürgschaften ist, daß die Hypotheken von anderer Seite an gemeinnützige Bauvereinigungen unter Ausschluß der Rückbarkeit auf die Dauer von mindestens 10 Jahren gewährt sind, und daß das Darlehen einschließlich der vorhergehenden oder gleichstehenden Hypotheken 90 Prozent der Selbstkosten nicht übersteigt, die der Schuldner für den Erwerb und die bauliche Erschließung des belasteten Grundstückes für die Erzielung der Baulichkeiten und die Beschaffung des Zubehörs aufgewendet hat. Die Hypothek muß mindestens mit 1½ Prozent jährlich gefolgt werden. In Ausnahmefällen kann die Bürgschaft auch über 90 Prozent hinaus bis zum vollen Betrage der Selbstkosten dienen.

Die Vorlage bedeutet eine Ergänzung zu dem Gesetzentwurf des Wohnungsgegesetzes, worin 20 Millionen Mark zur Beteiligung des Staates bei gemeinnützigen Wohnungsbauvereinigungen vorgesehen sind.

Amerika.

Sozialistische Fortschritte bei den amerikanischen Wahlen. Erst jetzt kommen zuverlässigere Nachrichten über das Ergebnis der amerikanischen Wahlen. Ben Jon, der Kandidat der sozialistischen Partei, erhielt 1 200 000 Stimmen, d. h. 200 000 mehr wie der bisherige Kandidat Debs. Die Stimmenzunahme der bürgerlichen Kandidaten war jedoch unergleichlich größer, so daß von einem sozialistischen Erfolg hierbei kaum gesprochen werden kann. Über drei Millionen neue Wähler, meist Frauen, trritten diesmal zur Urne, und nur einen verhältnismäßig kleinen Anteil davon vermochte der sozialistische Kandidat, der besonders die antimilitaristischen Argumente hervorhob, an sich zu reißen. Als Kongressmitglied wurde Meyer-London in Neuyork wiedergewählt, während die Wahl Morris Hylquitts noch nicht feststeht. In Milwaukee gelang es der Partei, den verlorengegangenen Bürgermeisterposten wieder zu besetzen. San Loar wurde gewählt und damit ging auch die ganze Stadtverwaltung in die Hände der Sozialistischen Partei über.

Zweite Bekanntmachung betreffend den Verkauf von Fleisch und die Kontrolle des Fleischverbrauchs.

Auf Grund der Verordnung des Stellvertreters des Reichs-
Ministers über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 21. August
1916 und der Bekanntmachung des Präsidenten des Kriegs-
ernährungsamts über die Ausgestaltung der Fleischkarte und die
Festlegung der Verbrauchshöchstmengen an Fleisch und Fleischwaren
vom 21. August 1916 verordnet das Polizeiamt unter teilweiser
Abänderung seiner die gleiche Regelung betreffenden Bekannt-
machung vom 25. September 1916:

§ 1.
Die Verkäufer von Fleisch haben dafür Sorge zu tragen, daß
ihre Kundenlisten fortlaufend auf dem richtigen Stand gehalten
werden, insbesondere auch, daß keine Doppelertragungen in den
Listen enthalten sind.

§ 2.
Die Verkäufer haben die abgetrennten Fleischmarken und
Besugsscheine spätestens bis zum Mittwoch der darauf-
folgenden Woche, nachmittags 1 Uhr, an die Geschäftsstelle des
Polizeiamts, Breite Straße 65 II., einzureichen und hierzu einen
bei der Geschäftsstelle erhältlichen Vordruck zu verwenden, auf
dem gleichzeitig eine Abrechnung über das empfangene Fleisch
und die hergestellte Wurst und Dauerware zu geben ist.

§ 3.
Wer den vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandelt, ins-
besondere wer den vorgeschriebenen Vordruck unrichtig oder un-
vollständig ausfüllt, wird mit Geldstrafe bis zu einem Jahre und
mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser
Strafen bestraft.

§ 4.
Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft, die erstmalige
Ablieferung der Fleischkartenabchnitte und Besugsscheine und die
erstmalige Einreichung des vorgeschriebenen Vordrucks hat für die
Wochs vom 4. bis 10. Dezember 1916 (spätestens am Mittwoch
dem 18. Dezember 1916, nachmittags bis 1 Uhr zu erfolgen.
Lübeck, den 6. Dezember 1916. (6141)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung betreffend Hauschlachtungen.

Da die bisherige Regelung, wonach Selbstverfänger zum
Schlachten von Schweinen einer besonderen Erlaubnis nicht be-
dürfen, zu Unzuträglichkeiten geführt hat, wird hiermit die
Bekanntmachung vom 19. Oktober 1916 zurückgenommen und auf
Grund der §§ 3 und 9 der Verordnung über die Regelung des
Fleischverbrauchs vom 21. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 941)
und des § 6 der Bekanntmachung über Selbstverfänger vom
27. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 199) in Verbindung mit § 5
der hierzu vom Senate am 15. April 1916 erlassenen Aus-
führungsbestimmungen folgendes anordnet:

Selbstverfänger haben die Erlaubnis zur Hauschlachtung von
Schweinen spätestens am fünften Werktag vor dem Schlach-
tungs bei der Geschäftsstelle der Betriebsbehörde Abteilungs für
den Schlachthof in Lübeck, Breite Straße 65 II. schriftlich zu
beantragen und dabei anzugeben, wieweil Familienangehörige und
wieweil andere Personen zu dem Haushalt, für dessen Verbrauch
das zu schlachtende Schwein bestimmt zu gehören. Die Richtig-
keit der Angaben über die zum Haushalt gehörende Personenzahl
ist in der Stadt Lübeck und den eingemeindeten Gebieten
vom Gemeindevorstand oder von den zuständigen Polizei-
bezirken im Lande oder von den Polizeibezirken oder den Ge-
meindevorständen zu bestätigen.

Bevor die Erlaubnis erteilt ist, darf die Schlachtung nicht
begonnen werden.

Die erhaltene Schlachtung ist unter Aufsicht des amtlich fest-
gestellten Schlachtmeisters innerhalb sieben Tagen bei der
Geschäftsstelle des Polizeiamts, Breite Straße 65 II. schriftlich
anzugeben. Der Selbstverfänger hat dabei anzugeben, während
welcher Zeit er das Fleisch zu verbrauchen gedenkt und die sämt-
lichen Fleischstücke der zu verbrauchenden Haushaltung mitzuber-
eintragen. Nach der Abrechnung erfolgt dann die völlige
oder teilweise Einreichung der Fleischmarken. Wer demnach einen
angemessenen Teil des Fleisches dem Kommunalverband — selbst-
verständlich gegen Bezahlung — überläßt, bleibt im Vollbesitz
seiner Fleischwaren.

Zusicherungen gegen obige Anordnungen werden mit
Geldstrafe bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu
10000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Fleisch, das
aus unerlaubten Schlachtungen gewonnen ist, kann unbeschadet
der sonst den Schuldigen treffenden Strafen von dem Polizeiamt
ohne Zahlung einer Entschädigung für den Kommunalverband
verworfen erklärt werden.

Lübeck, den 6. Dezember 1916. (6142)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 11. Dezember bis 20. Dezember 1916 sollen
an jeder bis zum 1. Dezember zur Kundliste angemeldete
Person zur Angabe gelangen:

125 Gramm Marmelade IV

zum Preise von 40 Pf. für 1/2 kg (1 Pfund)

auf den blauen Sonderchein III des Lebensmittelbuchs.
Der Verkauf an den Verbraucher darf nicht vor dem 11. De-
zember begonnen werden. Die gesammelten Abchnitte für die
Verteilung (Nr. 7) haben die Verkäufer in der vorgeschriebenen
Reihe bis zum 27. Dezember an die Nahrungsmittel-Verteilungs-
stelle, Breite Straße 65 II. abzugeben.
Lübeck, den 7. Dezember 1916. (6149)

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Ein guter Puppenwagen

zu kaufen gesucht. Angeb. mit
S B an die Exped. (6154)

Ein Puppensportwagen

zu kaufen gesucht. Angeb. mit
M T an die Exped. (6152)

In der Strafkammer

gegen
die Milchhändlerin Emma Luise
erriete Schöning, geborene
Barkmann, geboren am 16. Juni
1868 zu Winterhagen, wohnhaft
in Lübeck, Finkenbäumen Nr. 6,
wegen Milchfälschung,
hat das Schöffengericht der freien
und Hansestadt Lübeck am 16.
November 1916 für Recht er-
kannt: (6147)

Die Angeklagte wird wegen
fortgesetzten Vergehens, strafbar
nach § 10 Ziffer 1 und 2 des
Gesetzes, betreffend den Verkehr
mit Nahrungsmitteln, vom 14.
Mai 1879 zu einer Geldstrafe
von 150 Mark, ausweislich 15 Ta-
gen Gefängnis, und in die Kosten
des Verfahrens einschließlich der
Kosten der vom Polizeiamt an-
geordneten chemischen Unter-
suchung verurteilt.

Die Richtigkeit dieser Abschrift
der Urteilsformel wird beglaubigt
und die Vollstreckbarkeit be-
urteilt bescheinigt
Lübeck den 24. November 1916.
Der Gerichtsschreiber des
Unterrichts, Abt. 5.
(L. S.) gen. Ahmels, Sekretär.

Für die vielen Beweise herz-
licher Teilnahme und vielen
wertvollen Kranzspenden von
nah und fern bei der Beilegung
unserer lieben unvergesslichen

Tochter Martha

sowie ihren Mitkranken, Wärter-
innen, Schwestern, besonders
Schwester Marie des Allgem.
Krankenhauses, Abt. 14 für ihre
liebvolle Pflege sagen wir hier-
mit allen unsern innigsten Dank.
Heinr. Schmidt und Frau

Kräftige Arbeiterinnen

werden gesucht.

Heinr. Inde Nachf.

Frischenerfabrik (6146)
Töpferweg 63.

Winterjackett, Kindernäh- maschine

zu verkaufen. (6144)
Genddesstr. 56 II.

80 Ferkel

zu verkaufen.

J. Küwer,

Schwantow Weg 19 (6151)

Galantelle, Kaulo, Marder, Fuchs, Iltis u. Pferde- u. Kuhhaare

sowie
faulst zu den höchsten Saage-
preisen (6136)

D. Wagner, Holstenstr. 8.

Stiefelsohlen

halbr und wasserdicht

Paar 1.20 und 1.30 Mk., zum

Selbstaufmachen (6130)

Starckenstraße 42 2 St.

Knochenverkauf.

Sonntags, 9. Dezember 1916

Nr. 7291 - 7400 u. 2-4 Uhr nachm.

6152 Paul Lohrmann.

Freibant.

Sonntags vorm. u. 6 1/2 Uhr

Ausgabe von Freibankfleisch für

die Nr. 1-400. (6158)

Taschenuhren Wanduhren Weckuhren Silberwaren Willy Westfaling, 32 Holstenstr. 32. Uhrer-Reparatur-Werkstatt.

J. H. Pein

Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für
erstklassige
:: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-
Garderob. Arbeiter-
und Berufs-Kleidung.

Leder-

sohle
Hansa!
Rein Leder,
beiler u. billigster
Erlag der Kernsohle.
Rabattniederlage bei
C. Grimm Nachf.,
Schulmagerstr. 6.

(6197)

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie billig und reell bei
Markt Otto Altmann Kohlmarkt
4. Otto Altmann 10.
H. f. f. f. Betten v. 12.50 Mark
federn per Pfd. v. 45 Pf. u. 4 M.
6153 Rote Lubeca-Marken.

Festvorstellung im Stadttheater am Montag, 4. Dezember 1916.

Die Verlobung der Verlen-
nische hat stattgefunden.
Das No.

Nr. 212
ist Gewinner. Die Verlobung
biten wir abzuholen
6145) Normalen bera Nr. 7.

Wolfsfüße.

Sonntags, den 9. Dezember:
Grauensuppe mit Kartoffeln
Vegetarisch.
Sonntag, d. 10. Dezbr.: Fleisch-
suppe m. Nudeln, Ochsenfleisch
mit Kartoffeln.

Stadt-Theater

Marmorsaal.

Jeden Sonntag:
2 Vorstellungen 2

Illusions- u. Zauber-
Theaters

VONDERDIER.

Orientalisch u. ägyptisch. Magie.

Moderne Wunder. (6139)

Spiritistische Experimente.

Beginn: Nachm. 8 Uhr

Kaffeeöffnung 1/2 Stde. früher.

Nachmittagspreise

Rinder 15 Pfg., 25 Pfg., 40 Pfg.

Erwachs. 50 Pfg., 50 Pfg., 75 Pfg.

Abendpreise:

Sperre 1 Mk., 1. Platz 75 Pfg.

2. Platz 50 Pfg.

Die herborgebrachten Gegen-
stände werden

verschenkt.
- Näheres Anschlagtafel. -

Deutsch. Bauarbeiterverbd.

Zweigverein Lübeck.

Die Auszahlung der Weihnachts-Unter-
stützung an die Angehörigen der zum Kriege
eingezogenen Kollegen findet für Lübeck für die
im Jahre 1914 Eingezogenen, sowie für Moising,
Herrnburg und Kücknitz am Sonntag, d. 17. De-
zember, morgens von 9—2 Uhr, für die in den
Jahren 1915 und 1916 Eingezogenen am Sonn-
tag, dem 24. Dezember, morgens von 9—2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Zimmer 4, statt.

Für Travemünde bei Westfahl,
" Fackenburg bei Paetau,
" Schlutup bei Saborowsky,
" Selmsdorf beim Kollegen Ekhorst
am Dienstag, dem 26. Dezember, von 9—12 Uhr,
statt. Die Unterstützung wird ausgezahlt an die
Angehörigen derjenigen Mitglieder, die bis zum
10. Dezember 1916 eingezogen sind. Die Em-
pfangsberechtigten haben den Ausweis der staat-
lichen Unterstützung, sowie die Feldadresse der
betreffenden Kollegen mitzubringen.

Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

Die Auszahlung der Weihnachts-Unter-
stützung findet am
Sonntag, d. 10. Dezember, von Nr. 1—500 (blau)
Sonntag, den 17. Dezember, von Nr. 500 (rot)
von 10—2 Uhr, im Büro, Johannisstraße 48, II.
statt. Die noch ausstehenden Verbandsbücher
sind abzuliefern.

Die Ortsverwaltung.

Kaninchenzucht-Verein für Lübeck und Umgegend von 1895

Versammlung
am Sonnabend, den 9. Dez. 1916
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinslokal, Lindenstr. 13.
Gäste willkommen!
6144) Der Vorstand.

Stadttheater.

Freitag, den 8. Dezember 1916

Anfang 8 Uhr:

Die Fledermaus.

Operette von J. Strauss.

Sonnabend, d. 9. Dezemb. 1916

Anfang 8 1/2 Uhr:

Gastspiel v. Stanislaus Fuchs

Zum letzten Male:

Stein unter Steinen.

Schauspiel v. H. Sudermann.

Sonntag, d. 10. Dezember 1916

nachmittags 3 Uhr.

Jeder Platz 50 Pfg.

Der Raub d. Sabinerinnen

Schwank von

P. und Fr. von Schönthan.

Verlosung der Plätze Freitag

u. Sonnabend abends von 8 1/2

b. 9 1/2 Uhr an der Theaterkasse.

Abends 7 1/2 Uhr:

Tiefeland.

Oper von E. d'Albert.

Voranzeige!

2 Gastspiele Karl Erb

am 11. und 12. Dezember

1916 in „Rigoletto“ und

„Rheingold“

Brauerei zur Walkmühle
Lübeck.
Triakt
**Lübecker
Vereins-
Bräu**
Lübeck, 21. 12. 1916

**Erworbenen
Die Eltern der
Schlachtenerei Kiel
werden überall bevorzugt.**
Fleisch- und Wurstwaren
Oskar- u. Schwabenschlächtereien
Julius Schöber
Leinste Wurstwaren
Große Zapfenstr. 27
Heinrich Kronsbein
Hauptstraße 45
Kiel

Praktischer Wegweiser
Empfehlungsw. Geschäfte
Zurechtweisung
= empfohlen =

Heinrich Waller
Breitestr. 60
Herrenwäsche,
Krawatten, Unterzeuge,
Hüte, Seirme etc.
August Schreier
Kiel

Lederhandlungen
Carl Rohde
Händstr. 64
Schuhwerk, Bedarfsartikel
Polz-Gesellschaft
Karl Schilling
Genddesstraße 7
Schuhwerk, Lederwaren
Schwarzen
Auguste Popp
Kiel

Gitarrenhandlungen
Adolf Rührich
Holstenstr. 2
Ecke Schüsselbud.
Weine
Wilhelm Rahfoht
Untertrave 112 Telephone 687
vorteilhafte Bezugsquelle von
diversen Weinen u. Spirituosen
Wurstfabrikation
Fleischwaren-Fabrik
Emil Aland
Guter Aufschnitt u. Wurst
**Ratzeburger
Aktien-
Brauerei**

**Konzer bevorzugen
das gute Lübecker
Bürgerbräu**
Aktionsbrauerei Lübeck
Erdin
Mews Mühle, Mühlenfabrikate
Mölin
C. Ahrens, Bäckermeister.
Schwartzau
L. Schaap
Manufakturwaren u. Konfekten
Arbeitergarderoben
- Nähmaschinen -

Helfferichs Methode.

Der Staatssekretär im Reichsamt des Innern hat schon, als er noch Reichsfinanzsekretär war, es nicht immer verstanden, den Ton zu treffen, der es ermöglicht, mit dem Reichstag zu arbeiten, ohne starke Reibungen zu provozieren. Das machte sich schon im Frühjahr d. J. bemerkbar, als über die Steuervorlagen verhandelt wurde. Demals besand Dr. Helfferich sich im Uebergangsstadium vom Reichsfinanzsekretär zum Staatssekretär des Innern und das Urteil ging schon damals dahin, daß er besser getan hätte, im Reichsfinanzamt zu bleiben, als sich auf das weitumfassende Gebiet sozialpolitischer Aufgaben zu begeben, deren Lösung dem Reichsamt des Innern obliegt. Die Richtigkeit dieses Urteils hat sich in den neueren Verhandlungen des Reichstages immer klarer herausgestellt. Schon bei Behandlung der Schulkostenfrage vor einigen Wochen erlitt der Staatssekretär eine moralische Niederlage, als ihm von den Abgeordneten Dr. Baasche und Zehrenbach vor allem Woffe sehr deutlich gesagt wurde, daß er in jenem wichtigen Moment empörender Entfaltungen abholst kein Verständnis für die damals den ganzen Reichstag bewegenden Empfindungen beweisen habe. Das hätte für Herrn Helfferich eine Lehre sein können, die ihm für später von Nutzen sein konnte. Aber er hat sie nicht beherzigt. Bei den vorwöchentlichen Verhandlungen über die Hilfsdienst-Vorlage hat er wieder in der gleichen Weise operiert wie früher, in einer Weise, die jedenfalls absolut nichts wirklich Staatsmännisches an sich hat. Ein Staatsmann muß sich berufen fühlen, die hochgehenden parlamentarischen Wogen flätten zu helfen. Herr Helfferich aber hat oft die Neigung, sie aufzupeitschen. Mehr als einmal haben in Momenten, wo das Haus vor einer Einigung über eine bestimmte Frage stand, Bemerkungen des Staatssekretärs neue hitzige Debatten entfesselt und die Einigung in Frage gestellt. Herr Dr. Helfferich scheint nicht verstehen zu können, daß man mit guten Gründen eine andere Meinung haben kann als er selbst und rechthaberisch besteht er auf dieser auch da, wo politische Klugheit in ihm gebieten müßte, nachzugeben. Nachdem er einmal in solche Situation geraten, hätte er daraus lernen sollen, zu verhüten, daß es nochmals geschähe und hätte einsehen müssen, daß es besser ist, vorher einzulenken und kritische Situationen zu verhindern, anstatt hinterher den Versuch zu machen, seine Absichten umzudeuten und Del auf die brandenden Wogen zu gießen. Aber er scheint nicht anders zu können. Unter der richtigen Empfindung, daß er bei den Debatten über das Hilfsdienstgesetz sich leicht abgegrenzt hat, ist in der „Nordd. Allg. Ztg.“ ein offiziöser Rechtfertigungsversuch für ihn gemacht worden, aus dem die gleiche Rechthaberei wie aus Dr. Helfferichs Reden spricht. Mit Recht war von den verschiedensten Seiten gerügt worden, daß der Staatssekretär bei der Frage der Ausdehnung der Arbeiterausschüsse auf die Eisenbahnbetriebe die ziemlich unerblickliche Drohung aussprach, daß das Gesetz daran scheitern könne. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ versucht nun darzulegen, daß die Erstreckung der Schiedsstellen auf die Eisenbahnen „geradezu den staatlich konzessionierten Eisenbahnen streik zur Folge haben könnte“ und führt dann weiter aus: „Die Annahme des sozialdemokratischen Antrages hätte also eine schwer entwirrbare Lage geschaffen, einen Konflikt zwischen dem vaterländischen Interesse am alsbaldigen Zustandekommen des Hilfsdienstgesetzes und dem gleichfalls nicht preisgebenden Interesse an der Aufrechterhaltung der Einheit und Geschlossenheit der Eisenbahnverwaltung heraufbeschworen. Die verbündeten Regierungen hätten sich vor die Frage gestellt gesehen, ob sie die Verantwortung für eine Gesetzesbestimmung annehmen könnten, die für die Eisenbahnverwaltung und den Eisenbahnbetrieb eine solche Gefahr bedeutete hätte, und weiterhin vor die noch schwerere Frage, ob nicht etwa die Verwirklichung des Hilfsdienstgesetzes zugrunde liegenden Gedanken auf anderem als dem im Vertrauen auf die verständnisvolle Mitwirkung des Reichstages eingeschlagenen Wege

gesucht werden müsse. Der Staatssekretär hatte die Pflicht, auf diese Gefahr hinzuweisen und damit die schweren Folgen einer Annahme des sozialdemokratischen Antrages zu verhüten; er hat dies Ziel auch erreicht, indem er — für jedermann sichtbar — für die ihm anvertraute Sache seine Person voll einsetzte.“

Daraus spricht ganz Helfferichs Geist und Helfferichs Methode. Um sie vollständig zu machen, fehlt auch nicht der Rückzug. In der Bemerkung über den „anderen Weg“, den man zu suchen genötigt gewesen wäre, liegt ganz deutlich der Hinweis, daß man den Gedanken des Gesetzes eventuell ohne den Reichstag und dessen verständnisvolle Mitwirkung zu verwirklichen versucht haben würde. Nun soll aber auch das wieder nicht wahr sein. Hinterher legt die „Nordd. Allg. Ztg.“ sich selber dahin aus:

„Unser gekürzter Artikel über Sozialpolitik im Hilfsdienstgesetz hat von einer Seite eine Auslegung erfahren, die wir nicht unabweisbar lassen können. Wir haben auf die schwierige Lage hingewiesen, die bei der dritten Lesung des Gesetzes teilweise entstanden war, daß uns dabei die Möglichkeit vorgeschwebt hätte, als ob zur Überwindung dieser Schwierigkeiten, wie sie das Gesetz vorschlägt, ohne Mitwirkung des Reichstages hätten erlassen werden können. In einer Vorlesung, die der Inhalt des Artikels in seinem Zusammenhang und besonders sein Schluß nicht zuläßt. Wir haben deutlich zum Ausdruck gebracht, wie unentbehrlich der Regierung das einmütige Zusammenwirken mit der Volkserkennung in dieser großen vaterländischen Sache wie bei allen Aufgaben, die der Krieg stellt, gewesen ist und bleibt.“

Diese Verleugnung dessen, was in dem ersten Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ schwarz auf weiß gedruckt steht, bessert die Sache nicht, sie zeigt vielmehr, daß man an der Stelle, die den Offizieren herabsetzt, noch immer nicht zur Einsicht gelangt ist. Das rechthaberische Festhalten an vorerwähnten Meinungen das ungeeignetste Mittel ist, parlamentarische Siege zu erringen. Zumal in so wichtigen und kritischen Momenten und in einer Zeit, die Vorläuferin der zukünftigen Neuorientierung sein soll. Herrn Dr. Helfferichs Methode ist — abgesehen von der äußersten Reden — im ganzen Reichstag recht peinlich empfunden worden und mehr als einmal wurde im Verlauf der Beratungen prophezeit, daß er in seinem Amt nicht alt werden würde.

Ernährungsfragen.

Der edle Wettkampf in der Volksernährung. Den Aufruf des preussischen Ministers des Innern an die Landbevölkerung, durch freiwilligen Verkauf von Fett und Fleisch die Ernährung der Kriegsarbeiter zu sichern und besser zu gestalten, bespricht eine gelegentlich offiziös insinuierte Korrespondenz. Sie hebt einleitend hervor, ganz besondere Fürsorge bedürften die in der Kriegsindustrie tätigen Arbeiter, denn ihre Arbeitsleistung und ihre Leistungsfähigkeit seien ebenso wie die Kraft und die Opferfreudigkeit unserer Kämpfer draußen entscheidend für den Ausgang des Krieges. Das werde jeder Deutsche ohne weiteres einsehen. Der Aufruf des Ministers spreche aber nicht nur das rechte Wort, er komme auch zur rechten Zeit. Ferner schaffe er auch die erforderliche Organisation. Auch der Hinweis des Ministers, daß die namhaftesten Ergebnisse der Sammlung alsbald und laufend der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden sollten, werde sicherlich dazu beitragen, den dringend wünschenswerten Erfolg sicherzustellen. Namentlich werde niemand zurückbleiben wollen. Jede länderliche Ortschaft, jeder Landkreis werde seine Ehre darin sehen, unter denjenigen genannt zu werden, die sich bei der Ablieferung von Nahrungsmitteln für unsere Kriegsarbeiter besonders hervorgetan haben. Wirklich heißt es dann weiter: „Ein edler Wettkampf wird entbrennen und dieser Wettkampf wird mehr als alles andere unseren kämpfenden Vätern im Felde das Bewußtsein geben, daß alle Deutsche von der Maas bis an die Memel, von der Elbe bis an den Belt brüderlich zusammenstehen, um zumeinander zu schaffen, was wir brauchen, um leben zu können: ein freies und starkes Deutschland.“

Strohmetter ließ die Kartoffelzufuhr nach den Städten fließen, und doch haben wir wieder eine ganz erhebliche Kartoffelknappheit; die langen Kartoffelpolonationen in der Mehrzahl der Großstädte geben hiervon Zeugnis. Und der Berliner Magistrat muß bekanntgeben, daß er mit Rücksicht auf die außerordentlich geringen Kartoffelzufuhren in den letzten beiden Wochen von einer Wiederaufnahme der Befestigung der Haushaltungen mit Winterkartoffeln zu seinem Bedauern absehen müsse. Es habe sogar die Wochenportionen von sieben auf sechs Pfund herabgesetzt werden müssen. Der Magistrat hoffe, wenigstens den laufenden Bedarf sämtlicher Einwohner decken zu können, wenn er bei diesen Bemühungen mit Bestimmtheit auf die Unterstützung der Vorkriegsverbände und der Zentralstellen rechnen könne.

Das Ende des Kartoffelbrottes?

Wohl infolge der Kartoffelknappheit soll vom 1. Januar 1917 ab die Kartoffelbeimengung zum Brot fortfallen. Diese Mitteilung machte in einem Vortrage in Reddinghausen das Vorstandsglied des Kriegsernährungsamtes, Generalsekretär Steger-Wogden. Die Brotbereitung werde durch stärkere Ausmahlung des Roggenmehles, 93 statt 81 Proz. erfolgen. Für die gemüßarme Zeit, die Monate Januar bis Mai, sei ein großes Angebot von Suppenfabrikaten, Teigwaren, Graupen, Grieß und Haferpräparaten zu erwarten. Im allgemeinen sei die Lage des Lebensmittelmarktes derart, daß wir mit dem Vorhandenen auskommen könnten.

Französische Stimmen für den allgemeinen Frieden!

Am 21. November 1916 forderte in der französischen Kammer der Admiral La caze die debattelle Annahme der Vorlage für die Musterung der Klasse 1918. Ueber diese Kammerstimmung geht uns nun folgender Bericht zu:

„Da die Linke keine Lust zeigte, den Vorschlag der Regierung anzunehmen, erhob sich der Ministerpräsident Briand und sagte: „Es wird immer in der Kammer Mitglieder geben, die der Ansicht sind, daß die Regierung nicht ihre Pflicht erfüllt, solange sie nicht zurücktritt.“

Die Regierung ließ sich nun herbei, eine Debatte zu gestatten, aber als sie kritisch zu werden begann, wurde die Kammer in eine geheime Sitzung verwandelt, die von 5 Uhr nachmittags bis 7 Uhr dauerte.

Der erste Redner war der Sozialist Frederic Brunet, der erklärte, er würde nur dann für die Vorlage stimmen, wenn die Regierung „alle nötigen Aufklärungen gibt“. Darauf sollte der linksliberale Albert Faure das Wort ergreifen, aber Briand bot ihm zuvor und sagte: „Ich erkläre, daß eine Auseinandersetzung über eine so delikate Angelegenheit nicht unbedenklich ist und daß sie einen wirklichen Meinungsaustrausch nicht gestattet.“ Nichtsdestoweniger verlas Faure seine Rede zu halten. Es kam deshalb zwischen ihm und dem Kammerpräsidenten Deschanel zu einer heftigen Szene. Faure protestierte und setzte schließlich durch, daß er seine lange Rede ablesen durfte, die aber von der sozialistischen Presse zum allergrößten Teile unterdrückt wurde. Faure sprach über die französische Kriegsführung und Diplomatie und verlangte gleichzeitig mit Briand eine geheime Sitzung. Die ganze Kammer stimmte diesem Vorschlag zu. Die Galerien wurden geräumt, die Kammer tagte bis 7 Uhr abends hinter verschlossenen Türen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung ergriff der Sozialist Deguillie (Minderheit) das Wort und erklärte: „Ich werde gegen die Vorlage stimmen, da die Regierung in der geheimen Sitzung die verlangten Aufklärungen nicht erteilt hat, und da die Militierten die gleichen Anstrengungen machen müßten, wie wir, was sie aber bis jetzt nicht getan haben. Wir sind entschlossen, alle Gelder zu bewilligen, aber jeden Mann abzulehnen.“

Ministral (Minderheitssozialist): „Wir — ich und einige meiner Freunde — sind entschlossen, gegen die Vorlage zu stimmen, da die Regierung die gewünschten Informationen nicht erteilt hat. Eine ausführlichere Erklärung behalten wir uns vor.“

Um die Sozialisten der Minderheit mundtot zu machen, nahm die Kammer einen Schlusstratag an. Vor der Abstimmung über die Vorlage gaben jedoch einige Kammermitglieder kurze Erklärungen ab.

Redouce (Minderheitssozialist): „Ich werde gegen die Vorlage stimmen, da die Regierung die gewünschten Aufklärungen nicht gegeben hat. Das Land soll nicht glauben, daß wir in derselben abgehaltenen geheimen Sitzung die nötigen Informationen erhalten haben.“

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von S. M. Dostojewskij.

41. Fortsetzung.
„Seien Sie nicht in Zorn“, hub dieser an, „Kodja ist bereits seit fünf Tagen krank, er hat drei Tage phantasiert und ist erst jetzt erwacht, und hat mit Appetit etwas gegessen. Dort sitzt der Doktor, welcher ihn heiligt hat und ich bin ein Freund Kodjas, ebenfalls früherer Student und pflege diesen. So seien Sie denn nicht befangen und sagen Sie, was Sie hier wünschen.“
„Ich danke Ihnen. Beunruhigt ich den Kranken auch nicht mit meiner Gegenwart und Unterhaltung?“ wandte sich Peter Petrowitsch an Josimow.
„Amein“, nälte dieser, „Sie könnten ihn lieber zerstreuen.“ Er gähnte wieder.
„Er hat die Festung schon seit lange wieder erhalten, jetzt heute morgen“, sagte Rasumichin, dessen Freimütigkeit so sehr den Stempel echter Einfalt trug, daß Peter Petrowitsch sich lächelnd und sein Gleichgewicht wieder erlangte, was vielleicht auch dadurch geschah, daß jener schwäbische und freche Gesell sich als Student brüsten zu wollen schien.
„Ihre Frau Mutter“ — begann Luschin.
„Ja“, machte Rasumichin hörbar; jener blickte ihn an.
„Tut nichts, ich bin heiler; fahren Sie nur fort!“ — Luschin zwante die Achseln.
„Ihre Frau Mutter hat noch während meiner Anwesenheit bei ihr ein Schreiben an Sie aufgesetzt. Ich bin hierher gekommen und habe absichtlich einige Tage vorübergehen lassen, ohne zu Ihnen zu kommen, damit ich völlig überzeugt sein könnte, daß Sie von allem benachrichtigt wären; jetzt aber, zu meinem großen Erstaunen“ —
„Ich weiß schon, ich weiß“, antwortete Rasolnikow schnell, mit dem Ausdruck ungebildigten Widerwillens. „Also Sie sind der Bräutigam? Ich weiß schon, es genügt!“ —
Peter Petrowitsch schloß sich ernstlich beleidigt, aber er schwieg. Mit Mühe suchte er zu ergründen, was das wohl alles bedeutete? Ein minutenlanges Schweigen folgte jetzt.
Unterweschen hatte Rasolnikow, welcher sich beim Antworten leicht nach Luschin hingedreht, diesen aufmerksam und mit einer besonderen Neugier betrachtet, als wenn er ihm sehr lange Zeit nicht gesehen hätte, oder als wenn etwas Neues an ihm ihn ungewöhnlich in Anspruch nähme; dabei erhob er sich etwas von seinem Kopfsitzen.
In der Tat fiel ihm etwas Eigentümliches im Wesen Peter Petrowitschs auf, wie es hätte; hervorgerufen durch die autorisierende Benennung „Bräutigam“, die ihm so ohne alle Zere-

monie beigelegt worden war. Vor allem war sichtbar, nur zu bemerklich, daß Peter Petrowitsch sich mächtig angestrengt hatte, die wenigen Tage seines Aufenthalts in der Hauptstadt auszunutzen, um sich einzurichten und in der Erwartung seiner Braut zu seinem Vortritt zu verändern, was ja an sich recht unschuldig und erlaubt war. Dies eigenartige, vielleicht etwas allzu selbstzufriedene Bewußtsein seiner eigenen Umwandlung zum Besseren konnte ihm in Anbetracht dessen verziehen werden, daß er jetzt zu den Bräutigams zählte. Sein Anzug erschien wie soeben aus der Hand des Schneiders gekommen, alles an ihm war neu, es war nur anzusehen, daß es zu neu war und zu sehr eine bestimmte Abfälligkeit verriet. Selbst sein koketter, nagelneuer runder Hut war hierfür Zeuge; Peter Petrowitsch ging fast ehrfürchtig mit demselben um und hielt ihn beifam in seinen Händen. Ein Paar wunder schöner neuer Glases bewies dies ebenfalls, freilich in der Weise, daß er dieselben nicht angezogen hatte, sondern sie nur zur Parade in der Hand trug. In dem Anzug Peter Petrowitschs herrschten helle und jugendliche Farben vor. Er trug ein geschmackvolles Sommerjackett von hellem Zimmetbraun, helle leichte Beinkleider, eine ebensolche Weste, nagelneu gefaßte feine Wäsche, eine zarte Battistkravatte mit rosaroten Streifen und was sonst noch des Schönen an ihm war; es stand ihm auch alles gut zu Gesicht. Dieses, sehr frisch und rot, erschien überhaupt jünger, als sein Alter von fünfundsiebzig Jahren annehmen ließ. Ein dunkelbrauner Badenbart bestattete es zu beiden Seiten in Gestalt von sogenannten Kotelettes und sie harmonierten sehr gut mit dem glatt herausstrahlenden glänzenden Rinn. Auch sein Haar, welches übrigens schon mit Grau vermischt war, verfiel demselben, obwohl von dem Friseur gekämmt und aufgearbeitet, dadurch nichts Unerwartetes oder etwas, was den Schein einer gewissen Höflichkeit geben konnte, die sich meist bei frischeren Köpfen geltend macht; sie verleiht dem Gesicht eine unvermeidliche Heftigkeit mit dem Deutschen, wenn er zum Alter geht. Wenn etwas in dem ziemlich hübschen und einnehmenden Gesicht in der Tat unangenehm und abstoßend war, so lag das in anderen Umständen.
Rasolnikow lächelte giftig, während er Herrn Luschin musterte, kam dann wieder in das Rissen und betrachtete wie vorher die Zimmerdecke.
Aber Herr Luschin war standhaft und wie es schien entschlossen, noch nichts von all dieser Selbstamkeit zu bemerken. „Ich bedaure unendlich, Sie in diesem Zustand antreffen zu müssen“, begann er von neuem, das Schweigen durchbrechend. „Hätte ich von Ihrer Krankheit gewußt, so wäre ich früher gekommen. Aber die leidige Masse der Geschäfte! Das sehr wichtige Amt meiner Advokatur im Senat, und von den Sorgen ganz zu geschweigen, welche auch Sie sich vorstellen können. Die lieben Töchter, Mama und Schwesterchen erwarten ich nämlich.“

Rasolnikow machte eine Bewegung und wollte etwas sagen, sein Gesicht drückte einige Erregung aus; Peter Petrowitsch hielt inne und wartete, da aber nichts erfolgte, so fuhr er fort: „Stündlich. Ich habe ihnen vor allen Dingen eine Wohnung ausgesetzt.“
„Wo denn?“ fragte Rasolnikow matt.
„Gar nicht weit von hier, im Hause Bakalajews.“
„Auf dem W.-Quai“ unterbrach ihn Rasumichin, dort sind zwei Stockwerke zu vermieten; der Kaufmann Luschin hat sie, ich habe dort gewohnt.“
„Ja, sie sind zu vermieten.“
„Es ist sehr unangenehm dajelbst; viel Schmutz, über Geruch und obendrein eine verdächtige Gegend, wo schon viel vorgefallen ist. Weiß der Himmel, was da zusammenwohnt! Ich habe selbst einmal eine Stambalaffäre dort gehabt; bin übrigens noch mit heiler Haut davon gekommen.“
„Sozial Kenntnisse konnte ich allerdings nicht besitzen, da ich selbst ein fremder Mensch hier bin“, fiel ihm Peter Petrowitsch in die Rede, „aber es sind doch zwei sehr reinliche Zimmerchen und da ich sie nur auf kurze Zeit brauche — unsere ehemaligen künftige Wohnung habe ich schon ausgesetzt.“ wandte er sich an Rasolnikow, „Sie wird jetzt fertig gemacht — so behelfe ich mich mit einer Wohnung, sie ist wenige Schritte von hier — bei Frau Lippewechsel, in der Wohnung eines jungen Freundes von mir — des Andreas Sementich Lebesjatinow; er hat mich erst in das Haus Bakalajews gewiesen.“
„Lebesjatinow?“ fragte Luschin.
„Ministerium. Kennen Sie ihn?“
„Ja — Nein“ — verzogte Rasolnikow.
„Entschuldigen Sie, ich glaube das aus Ihrer Frage schließen zu sollen. Ich bin früher kein Vormund gewesen, er ist ein sehr liebenswürdiger junger Mann. Ich verkehre gern mit der Jugend, denn man lernt nur von ihr.“ Peter Petrowitsch schaute erwartungsvoll die Anwesenden an.
„In welcher Beziehung?“ fragte Rasumichin.
„In einer sehr ernsten, ja sogar in der wesentlichsten“, antwortete Peter Petrowitsch, wie es schien erstent über diese Frage. „Ich habe, sehen Sie, seit zehn Jahren Petersburg nicht gesehen, alle unsere Neuerungen, Reformen, jungen Ideen sind ja wohl bis zu uns in die Provinz gedrungen, aber um klar zu sehen, muß man in Petersburg sein! Nun ist aber meine Anschauung die, daß man möglichst viel sieht und hört und unsere junge Generation beobachtet. Da muß ich nun gesehen: Ich habe mich geirrt!“
„Worüber?“
„Ihre Frage ist vielumfassend! Ich kann vielleicht irren, aber mir scheint, ich finde jetzt mehr klaren Blick, ja sogar, mehr Arbeit.“ (Fortsetzung folgt.)

Kensedel (Rechtssozialist): „Meine Freunde und ich werden für die Diskonfirmation der Klasse 1918 stimmen, da es sich noch nicht um die Einberufung handelt. Erst bei der Vorlage über die Einberufung der Klasse 1918 in die Armee werden wir Stellung nehmen.“

Brizon (Minderheitssozialist): „Vorerst die Sache erledigen, dann diskutieren! Das ist eine traurige Komödie. (Unterbrechungen, Lärm und Ordnungsruf). In Stelle des Frankreichs der Justifikation und der Freiheit hat Herr Briand eine Kriegskongressie gelegt. Er steht heute an der Spitze eines Landes, das vor dem Kriege zittert!“ (Ein ungeheurer Lärm erhebt sich in der Kammer. Von den Bänken der Rechten werden ihm heftige Schimpfworte entgegengeschleudert.) Kammerpräsident Deschanel will die Kammer befragen, ob dem Redner das Wort entzogen werden soll. Während dieses Vorgangs ruft Brizon: „Nieder mit der Formel: Paix par la victoire! (Nieder durch den Sieg!) Hoch der Sieg durch den allgemeinen Frieden!“ Er wird heftig unterbrochen, der Lärm in der Kammer ist unbeschreiblich. Nachdem die Ruhe wiederhergestellt ist, erklärt Brizon: „Ich wollte nicht sagen: Das Land zittert vor dem Kriege, sondern: das Land ist dem Kriege preisgegeben. Im übrigen erklären wir, daß wir die Vorlage ablehnen. Dieser Krieg wurde von den Kapitalisten aller Länder herangezogen. (Ruf: Deschanel.) Ich werde gegen die Vorlage stimmen, da der Ministerpräsident nicht das Recht hat, unsere ganze Jugend in das rollende Feuer des Krieges zu werfen. Ich werde gegen die Vorlage stimmen, da unsere Jugend nicht für Frankreich geopfert wird, sondern für...“ Der Kammerpräsident entzog ihm mit Zustimmung einer sehr starken Mehrheit das Wort.

Die Vorlage wurde dann mit 150 gegen 88 Stimmen angenommen.

Klare Kriegsziele!

Diese Forderung stellt die rechtsstehende Presse seit einiger Zeit mit erhöhtem Nachdruck an die Reichsregierung. Auch das, was der Kanzler kürzlich dem amerikanischen Journalisten Dr. Hale offenbarte, genügt ihr nicht. Die „Kreuzzeitg.“ sagt daher am Schluß eines langen Artikels: „Ueber Krieg und die große Politik“:

Die öffentliche Meinung wird es selbstverständlich verstehen, wenn die Regierung nicht zu jeder einzelnen Forderung Stellung nimmt; die Regierung kann ihre Position nicht schon jetzt im einzelnen festlegen. Umso mehr aber muß die Unbestimmtheit über ihre Willensäußerungen vermieden werden, die sich aus dem bisherigen Zustande der offiziellen Presse ergab. Es geht nicht an, daß die „Kölnische Zeitung“ in ihrem Kriegszielartikel sagt, die Ziele billige oder verwirre. Jedermann bei uns weiß, daß solche Artikel oder ähnliche in der „Frankfurter Zeitung“, aus im „Berliner Lokalanzeiger“ nicht ohne Fühlungsnahme mit ähnlichen Stellen entstehen, und das Ausland weiß es auch. Das Selbstgefühl, das in dieser Beziehung bisher herrschte, muß beseitigt werden, und gerade die Zeitungen, die der Regierung nahesteht, sollten im eigenen Interesse dafür eintreten, noch mehr aber die Zeitung anderer Politik selbst. Keines der kriegführenden Länder hat einen derart unbefriedigenden Zustand, daß es bei solchen Behauptungen nicht weiß, was Regierungsansicht ist und was nicht. Wir haben ihn im Frieden ertragen, er hat im Kriege schon gerade genug geschadet, jetzt aber muß er, wenn die Erörterung der Kriegsziele die guten Folgen haben soll, die wir von ihr bestimmt erwarten, gründlich beseitigt werden.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ beschäftigt sich mit dem gleichen Thema. Sie tritt der „Magdeh. Zeitung“, die für eine Verwirklichung Calais eintrat — entgegen! Warum das doch sonst in den Zeitungsfragen nicht schärfste konservative Organ zurzeit von Calais nichts wissen will, sagt es in folgenden Zeilen:

Wir stellen uns hier an einen Boden der Wirklichkeit und der Tatsachen. Betrachtet man alle von diesem, durch die sechste Kraft tatsächlich hinderten Standpunkte die in Rede stehende Frage, so ergibt sich einmal, daß zwar Calais für uns unabweisbar sein könnte, jedoch der Nichtbesitz von Calais weber die Beherrschung der flandrischen Küste und deren Bedeutung für die Freiheit der Meere entwertet, noch aber die britische Beherrschung von Calais um zu etwas macht, was unter allen Umständen und um jeden Preis verschwinden müßte. Wir sehen im Gegenteil nicht ein, weshalb das Deutsche Reich ein Lebensinteresse daran hätte, die Franzosen von den Engländern zu befreien. Hat Deutschland die Hand auf Belgien, so machen uns die Engländer an der transpyrenäischen Küste wenig Schmerzen, den Franzosen aber große und steigende. Geben wir aber Belgien an mit dem Gedanken an die Entfernung der Engländer aus der Linie Calais-De Haere, so würden die Engländer nach wie vor das Kanalmeer beherrschen, Frankreich aber bliebe ein ähnliches Phantom des „Schaller-an-Schaller“-Gedankens wie die Vereinigten Staaten seit so vielen Jahren. Selbstverständlich würde ein Calais in deutscher Hand etwas anderes sein. Wir erörtern aber diesen Gedanken und was man aus ihm folgern könnte, nicht, weil Calais eben nicht in deutscher Hand ist.“

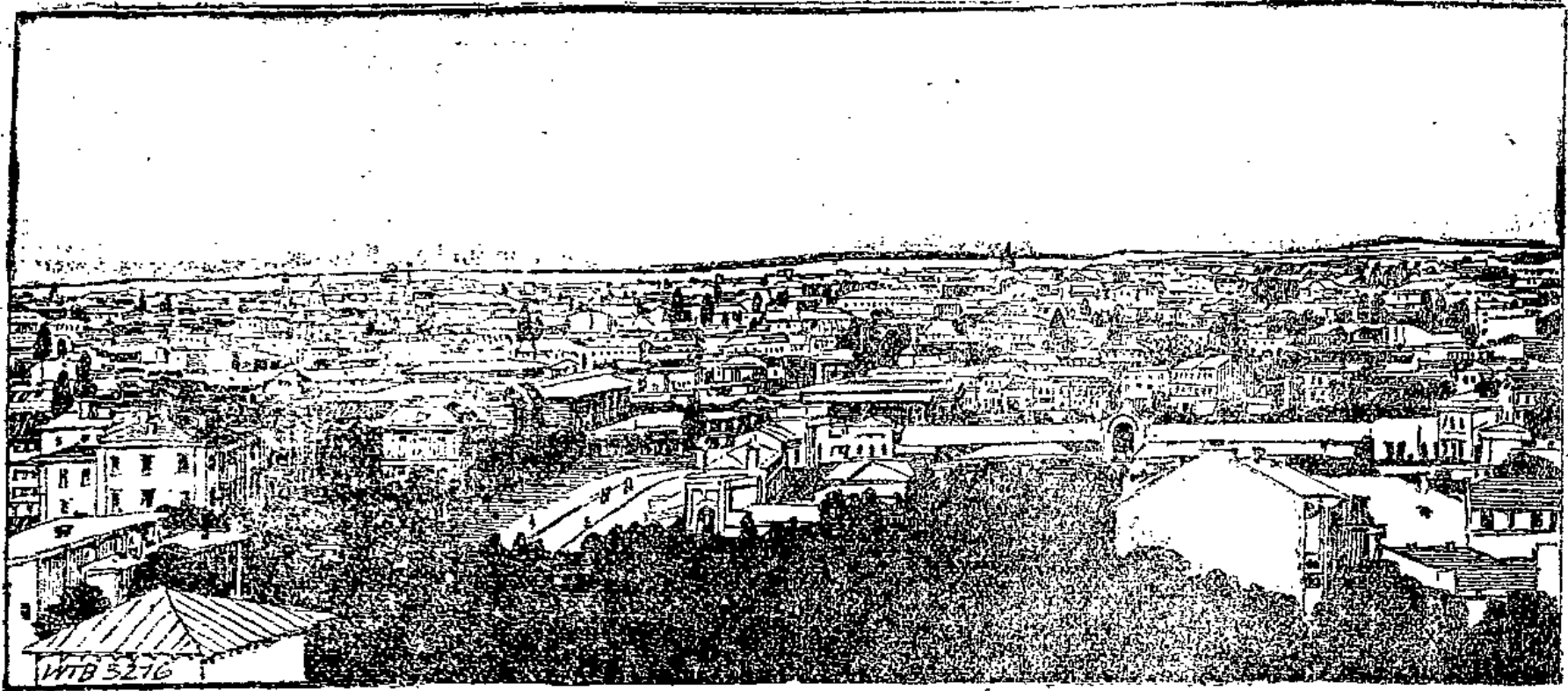
Als die Franzosen wieder der Hand wohl haben, doch hängen sie ihn zu hoch!

Die Zentralisierung der Einfuhr von frischen Fischen.

Trag wackerer Schwierigkeiten, die in der Eigenartigkeit des Handels mit diesem Artikel begründet sind, ist es, wie man das bereits gelungen, die Einfuhr von frischen Seefischen zu zentralisieren.

Die frischen Fische werden durch die von den Firmen des Fischhandels unter Führung der J. E. G. gegründete Fischereizentralgesellschaft in Berlin bearbeitet, die im Ausland in der wichtigsten Richtschnur der Fische-Fischer eigene Einkaufsgesellschaften eingerichtet hat. Der von diesen Einkaufsgesellschaften beschaffte Frischfisch wird den Verteilungsgesellschaften zugeführt, von denen sich je eine in dem Mittelbereich eines jeden bedeutenden Produktionsgebietes der deutschen Fischindustrie befindet. Die Verteilungsgesellschaften teilen zunächst dem Frischfischhandel, andererseits den industriellen Betrieben ein bestimmtes Kontingent der Fische vor den Einkaufsgesellschaften zugehenden Fische zu.

Bei der Einfuhr der übrigen frischen Seefische bestehen besondere große Schwierigkeiten, namentlich Dänemark gegenüber, was aus dem Frieden viele Handwerker von den frischen Fischereizentralgesellschaften ihre Ware an die Auktions der deutschen Fischmärkte und an deutsche Fischhändler in Kommission haben. Es erschien daher, die frische und konzernmäßige Organisation dieser Fische für die Verteilung der empfindlichen Ware herbeizuführen. Aus diesen Gründen wurden von der Zentralgesellschaft ein Komitee unter dem Namen „Zentral-Fischmarkt“ am Sitz der großen deutschen Seefischmärkte in Berlin gegründet. Das Komitee hat die Aufgabe, die Einfuhr von frischen Seefischen, die an diese Zentralgesellschaften zugeführt werden, zu zentralisieren und zu zentralisieren.



Panorama von Bukarest

schon nach Fühlungsnahme mit den ausländischen Interessenten jetzt festgelegt. Wir greifen aus der umfangreichen Liste heraus:

Schellfisch je nach Größe per Pfund	0,60—1,20 Mk.
Kablau "	0,70—1,00 "
Steinbutt "	1,00—2,00 "
Shollen "	0,30—1,21 "
Lachs (Oisee) "	4,00 "
Lachsforelle "	5,00 "
Mal je nach Größe per Pfund	1,50—3,50 "

Zu diesen Preisen kommt in Deutschland noch der Nutzen des Groß- und Kleinhandels hinzu.

In gleicher Weise wie aus Dänemark werden auch die schwedischen Fische an die Zentral-Fischmärkte gesandt. Für die aus Holland stammenden frischen Seefische wurde eine andere Regelung getroffen, weil diese auch im Frieden in der Hauptsache nicht den Weg über die deutschen Seefischmärkte nehmen. Im Sitz der holländischen Hochseefischer in Amuiden wurde eine Vereinigung der Importeure Amuidens gegründet, der die holländischen und deutschen Firmen, die bereits im Frieden die Fischausfuhr nach Deutschland befragt hatten, angehören. Die Vereinigung kauft zu Preisen, die etwa den in Dänemark gezahlten entsprechen, in der Auktion des Amuidner Fischmarktes und verteilt die gekaufte Ware nach einem Schlüssel, dem der Friedensverkauf der betreffenden Firmen zu Grunde liegt, unter die Mitglieder der Vereinigung. Die Mitglieder übernehmen den Versand nach Deutschland an ihre bisherigen Abnehmer, die hauptsächlich in Westdeutschland, vorwiegend im Rheinland und Westfalen sitzen.

Der neue Reichskommissar für Fischereijugung hat sich, ebenso wie bezüglich der aus Skandinavien stammenden frischen Fische und der frischen Heringe eine planmäßige Verteilung der eingeführten Ware noch vorbehalten.

Die neue Regelung hat die Probe auf ihre Brauchbarkeit bereits bestanden. Seit dem 21. November vollzieht sich die Einfuhr von frischen Seefischen in Deutschland nach dem neuen System. Obgleich sehr geringe Fänge infolge skandinavischer Winters in Skandinavien nur eine außerordentlich kleine Zufuhr ermöglichen, hat sich doch das neue System ohne wesentliche Schwierigkeiten eingearbeitet.

Die Hauptfrage ist und bleibt, daß die Fische zu einem Preise abgegeben werden, der es auch den Minderbemittelten ermöglicht, Fische zu kaufen. Daran sollten die maßgebenden Stellen das Hauptgewicht legen.

Aus der Partei.

Sozialdemokratie und Ernährungsamt in Oesterreich. Für das kürzlich geschaffene Ernährungsamt, das außerordentlich weitgehende Befugnisse erhielt, sollte der bekannte sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Kemner als einer der Vize-Präsidenten genommen werden. Die Partei trug jedoch Bedenken, daß eines ihrer führenden Mitglieder eine verantwortliche Stelle in einer Regierungsbehörde einnehme, doch ermächtigte sie Dr. Kemner, in den Beratungen des Amtes einzutreten. Zuvor jedoch war in einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten ausdrücklich betont worden, daß weder Dr. Kemner noch die Partei irgendwelche Verantwortung für die Tätigkeit des neuen Amtes übernehmen. — Ein sehr richtiger Standpunkt!

Gewerkschaftsbewegung.

Die Vereinbarungen über Teuerungszulagen im Holzgewerbe, die am 10. November ds. Js. vor dem Reichsamt des Innern von den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter abgeschlossen wurden, sind inzwischen zum größten Teil durchgeführt worden. Auch zahlreiche Unternehmervereinigungen und Gewerkschaften, die dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe, der allein als Unternehmerorganisation an den Verhandlungen beteiligt war, nicht angeschlossen sind, haben bisher schon auf das Drängen der Holzarbeiter die gleichen Teuerungszulagen (15—20 Pfg. die Stunde) bewilligt. Die entsprechenden Forderungen sind von den Arbeitern an sämtliche Unternehmer, Innungen und Unternehmerverbände gestellt worden, so an den Verband der Weingüterfabrikanten, an die im deutschen Jahrbuchverlegerverband (Sitz Dresden) vereinigten Holzindustriellen, an den Verband deutscher Stuhlfabrikanten, an die Klavierfabrikanten, an den Verband deutscher Staatsindustrieller, an die Waggonfabriken etc. Während mit mehreren dieser Unternehmerverbände die gleiche Vereinbarung wie mit dem Arbeitgeber-Schutzverband bereits getroffen worden ist, konnte in dem Bezirk des Rheinisch-Westfälischen Fischereizentralvereinsverbandes, der unter der Leitung des bekannten Innungsführers Küsselhaus in Essen steht, noch nicht die geringste Annäherung zwischen Arbeitern und Unternehmern erzielt werden. Hier hat sich deshalb, weil der Innungsverband bisher sogar den von den Arbeitern nachgesuchten Verhandlungen ausgemieden ist, die Lage bedenklich zugepoint, und es fällt den Gewerkschaften der Arbeiter recht schwer, sich länger für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in den Betrieben einzusetzen. Es ist natürlich Pflicht der Gewerkschaften und liegt ebenso im Interesse der Unternehmer wie der Arbeiter, daß die von dem größten Teil der Unternehmer bewilligten Lohnerhöhungen im ganzen Gewerbe, in allen Städten und Betrieben des Reiches ohne Ausnahme durchgeführt werden, zumal die herrschende Teuerung auf allen Arbeiterfamilien gleichmäßig lastet. Es kann deshalb nur die dringende Erwartung ausgesprochen werden, daß auch die mit dem Rheinisch-Westfälischen Fischereizentralvereinsverband angehängten Verhandlungen zu einer Verständigung auf der Grundlage der von dem Reichsamt des Innern abgeschlossenen Vereinbarung führen und damit die durch das bisherige ablehnende Verhalten des Innungsverbandes hervorgerufene Unruhe und Unzufriedenheit unter den Arbeitern des Holzgewerbes wieder beseitigt wird.

Schließung der Bergwerke in Schweden. Die englische Regierung hat am 1. Dezember eine wichtige Maßregel getroffen, um der in den Kohlenrevieren von Schweden drohenden allgemeinen Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Sie hat auf Grund des Konventionen der Bergwerke von Schweden unter Staatsaufsicht gestellt und sie zu „kontrollierten“ Betrieben gemacht, um generelle Konflikte zur Wahrung des obligatorischen Einigungs- und Schlichtungsverfahrens zu vermeiden. — Die Bergwerke

von Schweden, die hauptsächlich die Flotte mit Kohle versorgen, werden nunmehr dem Handelsministerium unterstellt. Die Kämpfe in Schweden sind seit Jahren chronisch geworden, da die Zechenbesitzer dort zu den bestausgerüsteten Großbritanniens gehören, das wurde auch kürzlich von der „Times“ anerkannt. Die Kämpfe tragen zwar fast immer den Charakter von Lohndifferenzen, aber die Ursachen liegen tiefer. Schweden befindet sich noch in der Periode der industriellen Revolution, wo die Unternehmer von einer schrankenlosen Ausbeutungswut erfüllt sind. Die Gewerkschaften sind noch jung und waren bislang nicht stark genug, die Unternehmer zu zügeln. Andererseits sind die schwedischen Bergleute robuster als ihre englischen oder schottischen Kollegen. — Der letzte Konflikt drehte sich um die Forderung der Arbeiter auf eine Lohnerhöhung von 15 Proz., während die Zechenbesitzer den traurigen Mut befaßen, den Bergleuten eine Lohnherabsetzung von 10 Proz. anzubieten. Mitte November fand eine gemeinsame Konferenz der Vertreter der Arbeiter und der Zechenbesitzer statt, die erfolglos blieb, worauf die Arbeiter sich auf einen Streik vorbereiteten. Um nun diesen Streik abzuwenden, griff die Regierung zur Beschlagnahme der Bergwerke. — Der Londoner „Daily Telegraph“ ersuchte den Genossen James Winstone, Präsidenten des Verbandes der Bergleute von Schweden, seine Ansichten über diese Maßregel kundzugeben. Winstone antwortete, es sei schwierig zu sagen, wie die neue Lage den Lohnkonflikt beeinflussen würde.

Aus Nah und Fern.

Tödlicher Unfall einer Straßenbahnführerin. Einem tödlichen Unfall ist in Spandau eine Straßenbahnführerin Schneider zum Opfer gefallen. An dem Triebwagen einer vom Stadtmann nach dem Spandauer Beck verkehrenden Straßenbahnlinie war unterwegs die Sicherung durchgebrannt. Die Führerin stieg vom Wagen, um eine neue Sicherung einzusetzen, vergaß aber dabei die Kurbel abzuschließen. Während die Frau nun damit beschäftigt war, die Störung zu beseitigen, setzte sich der Triebwagen plötzlich in Bewegung. Die Führerin wurde umgerissen und getötet.

In ihren Armen das Kind war tot! Berliner Blätter berichten über folgenden traurigen Vorfall: Mit ihrem toten Kind auf dem Arm ist am Montag eine Frau den ganzen Vormittag in Berlin umhergelaufen. Eine 28 Jahre alte Frau Rahmstedt aus der Gegend von Magdeburg, deren Mann im Felde steht, kam am 16. November nach Berlin, gebar hier in einer Anstalt ein Kind und nahm dann in der Marienstraße vorläufig eine Wohnung. Das schwächliche Kind erkrankte am letzten Sonntag so schwer, daß die Mutter es in ein Krankenhaus bringen wollte. Sie fragte an mehreren Stellen an, wurde jedoch überall wegen Platzmangel abgewiesen und mußte unverrichteter Sache mit dem Kleinen wieder nach Hause gehen. Montag morgen verabschiedete sich der Zustand noch weiter, und die Frau machte sich von neuem auf den Weg. Nachdem sie den ganzen Vormittag wieder vergebliche Wege gemacht hatte, kam sie endlich mittags auch nach der Charité. Hier erkannte man aber gleich, daß das Kind, das sie auf dem Arme trug, schon tot war.

Schwere Explosion in England. Umtlich wird aus London telegraphisch gemeldet: Bei der Explosion in einer staatlichen Fabrik Nord-Englands wurden 26 Arbeiterinnen getötet und 80 verletzt. Der Schaden ist nur leicht. Der Betrieb wird aufrechterhalten. Die Wirkung auf die Munitionserzeugung ist geringfügig.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 10. Heft vom 1. Band des 35. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Chemnitz-Jansare. Von Ed. Bernstein. — Wider die französischen Kriegsfalscher und ihren deutschen Schutzpatron. Von Ernst Heilmann. — Handelspolitische Fragen. Von Karl Emil. (Schluß.)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Helft durch Abgabe Eures Goldes unsere Kampfmittel stärken und den Krieg verkürzen!

Goldankaufsstellen.
Ankauf von goldenen Schmucksachen aller Art gegen Bezahlung des Goldwertes nach Gewicht.
Vermittlung des Verkaufes von hochwertigen Juwelen gegen den geforderten Mindestpreis.

Zentrale vom Roten Kreuz, St. Annenstr. 2.
C. Buchwald, Huxstr. 11.
G. Schwartzkopf, Breite Str. 73. 6185

Ernährungsausschuß.
Gänse, ungerlegt, Pfund Mk. 3,75, jeden Mittwoch und Sonnabend in der Markthalle. 6180